

Nazis und die Gewaltfrage

thrö 27.10.12/ 3.7.2018

Der folgende Text ist entstanden als Beitrag zur Bündnisarbeit und zur Gewaltfrage in der DFG-VK in den Jahren 2007- 2011, wieder ausgegraben Juni 2018.

Von Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern.

Der folgende Artikel bezieht sich auf die Diskussion über den Grundsatz der Gewaltfreiheit bei politischen Aktionen, im Allgemeinen aber auch im Besonderen bei Aktionen gegen Neo-Nationalsozialistische Gruppierungen.

"Die Nazis greifen uns an und da wird mensch sich doch wohl wehren dürfen!" - dieses Argument wurde auch beim Bundeskongress 2009 in Hannover vorgebracht, als Einwand gegen unseren Antrag, der darauf abzielte, bei konkreten Aktionen auf Gewaltfreiheit zu achten, nach Möglichkeit mit Bündnispartnern einen Aktionskonsens zu vereinbaren, der gewaltfreie Aktionsformen festschreibt, bzw. nur in solchen Bündnissen mitzuarbeiten, die sich faktisch an Gewaltfreiheit halten. (1)

Wenn wir das (unseren Antrag) verabschieden, wären wir bündnisunfähig für Aktionsbündnisse gegen die Nazis, weil da könne man schließlich nicht auf Gewalt verzichten, sich und die anderen AntiFa Gruppen nicht auf Gewaltfreiheit festlegen, so oder ähnlich wurde von mehreren Delegierten argumentiert.

Gewaltbereite Nazis als Einwand gegen den Antrag, unser Grundprinzip der Gewaltfreiheit bei praktischen Aktionen auch zu berücksichtigen - das ist ja eigentlich absurd, und die Unterstellung, „ihr wollt Euch wohl von den Nazis verprügeln lassen“, „den Nazis das Feld überlassen“, einfach eine schwache Polemik.

Gewaltfrei gegen gewaltfreie ... na das ist ja wohl langweilig! Gewaltfrei gegen gewaltbereite! Ja so ist doch die Idee der Gewaltfreiheit entstanden, darin liegt doch der Reiz, das Risiko, die Herausforderung, eben mal was anderes zu tun als Gewalt mit Gewalt zu beantworten!

Absurd, in einer pazifistischen Organisation kommt die Aussage: Gewaltfreiheit funktioniert doch gar nicht gegen Nazis, also lass es und geh damit bloß nicht in die Bündnisse!

Andererseits kommt das Argument "gewaltbereite Nazis" immer wieder, und außenstehende, die sich mit Fragen der Gewaltfreiheit nicht befasst haben, könnte das Nazi- Argument evtl. beeindrucken. Daher der Versuch einer Auseinandersetzung.

Gewaltfreiheit - Selbstverteidigung

Die Formulierung im Grundsatzprogramm von 1992

".. verfolgt die DFG-VK ihre politischen Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln; diese schließen die Verletzung und Tötung von Menschen aus und zielen auf die Konfliktlösung durch Dialog."

bezieht sich ausdrücklich auf "politische Ziele", will also keine Festlegung des Verhaltens der Mitglieder in einem unpolitischen Bereich. Das ermöglicht also, individuell und im Einzelfall Methoden gewaltsamer Notwehr anzuwenden. So wurde diese Formulierung auch immer diskutiert und begründet - politischer Pazifismus erfordert von seinen Mitgliedern keinen umfassenden Gewaltverzicht im Sinne etwa von Gandhi.

Die Programmformulierung steht daher einer u.U. notwendig werdenden Notwehr, Selbstverteidigung oder Selbstschutz gegen Nazis nicht im Wege. Unser Antrag zielte auf Gewaltfreiheit in Aktionsbündnissen. "Wir verzichten auf verletzende und tötende Gewalt" ... "Wir verhalten uns gewaltfrei und nicht aggressiv", "Von uns geht keine Gewalt aus", "bei Übergriffen verhalten wir uns besonnen"...So oder ähnlich könnte ein Aktionskonsens formuliert werden (Vgl. Stuttgarter Aktionskonsens bez. Stuttgart 21, gibt's auch nicht mehr

online). Es kann doch nicht sein, dass wir darauf verzichten, in Bündnissen für Gewaltfreiheit zu plädieren, zu erklären, dass wir uns gewaltfrei verhalten wollen. Darüber hinaus könnten die Anti-Nazi-Bündnisse sich gezielt darauf vorbereiten, mit rechter Gewalt gewaltfrei umzugehen. Soweit kommt mensch aber gar nicht, der von vorneherein sagt, wir treffen keine Aussage zur Gewaltfreiheit.

Gewalt gegen Nazis - und dann?

Die Denkweise "die sind gewalttätig, dann dürfen / müssen wir uns wehren", "die greifen uns an, dann dürfen wir sie auch angreifen"... bietet ja leider keine politische Perspektive.

Im Gegenteil, wir sind gefordert zu überlegen, wie können wir intelligent, kreativ und gewaltfrei mit rechtsradikaler Gewalt umgehen?

Einerseits und zum Glück gibt es Zehntausende BürgerInnen, die sich gewaltfrei den Nazis in den Weg stellen, andererseits aber auch Parolen wie "Antifa heißt Angriff", es gibt militante autonome Antifa- Gruppen, die mit schwarz-weiß-roten Fahnen und einheitlichen schwarzen Klamotten die Symbolsprache von faschistoiden Bewegungen übernehmen.

Wo soll die "Gegengewalt" gegen die Nazis denn hinführen? Wenn Gewalt effektiv sein will, muss sie sich organisieren, sonst bleibt sie chaotisch, sporadisch, zufällig, hilflos und wirkungslos. Wer den Nazis mit Gewalt begegnen will, kommt ziemlich schnell zum Konzept der paramilitärischen Organisationen der Linken wie in der Weimarer Zeit. (gar nicht so abwegig angesichts der Zuspitzung der sozialen Lage in Deutschland) Konsequenz:

Aufrüstung und paramilitärisch organisierte Bürgerkriegsparteien auf beiden Seiten. Jetzt höre ich schon den Aufschrei - "ungeheuerliche Unterstellung!"- aber was dann? Was soll dann die Ablehnung der Gewaltfreiheit, wenn das Konzept der politischen Gewaltbereitschaft nicht zu Ende gedacht wird, bzw. zu Ende gedacht werden darf? Worauf zielt die angeblich berechnete Gewalt gegen die Nazis? Unschädlich machen? Einschüchterung? Gehirnwäsche? Verhindern dass sie wieder gewalttätig werden können? Aber wie? Alle in eine Lager sperren (i.e. konzentrieren), oder gar alle umbringen?

Das wären mitsamt Wählern und Sympathisanten der rechten Parteien möglicherweise an die 20% der deutschen Bevölkerung, was enorme theoretische und praktische Probleme mit sich bringt, denn erst muss man mal rausfinden, wer muss beseitigt werden, und wer darf weiterleben?

In diesem Zusammenhang empfinde ich die Streichung des Satzes aus unserem Antrag *"Die DFG-VK erwartet von Bündnispartnern die Respektierung der Menschenrechte"* als so schockierend - weil das eben so zu verstehen ist, dass wir mit Bündnispartnern zusammenarbeiten, die die Menschenrechte ihrer politischen Gegner nicht respektieren.

Gewaltfrei - politisch - gegen Nazis

In der Theorie der gewaltfreien Aktion trennen wir zwischen einem Menschen als Person einerseits und seiner politischen Rolle andererseits. Wir lehnen die Handlungen, die politische Rolle eines Soldaten, eines Polizisten, in diesem Fall: Nazi-Aktivisten, ab, respektieren sie aber als Mensch und ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit. Ausnahme: Notwehr, ja, Selbstverteidigung - falls situationsbedingt erforderlich und aussichtsreich.

Diese Trennung, der Respekt vor den Menschenrechten, muss in unseren Aktionsformen, Haltungen und Ausdrucksweisen deutlich werden. Also auch: nicht-provokativ, deeskalierend.... Nicht: anschreien - zurückschreien ... Drohung - Gegendrohung ... Angriff - Gegenangriff. Natürlich hat es einen hohen Symbolwert, wenn Nazis marschieren wollen und mit einer direkten gewaltfreien Aktion sie aufzuhalten. Andererseits muss jede Straßenaktion gegen Nazis dem Zweck dienen, Neonazis und Neofaschismus politisch einzudämmen. Welchen Nutzen hat es "Sieger" bei einer Blockade zu sein?

"Gewaltfrei" bedeutet selbstverständlich die Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen und politischen Mittel gegen Nazis (wohlwissend dass Teile des Apparats und Teile der Bevölkerung mit den Nazis sympathisieren).

Letztlich wird sich Faschismus, Militarismus, Rassismus, Antisemitismus als gesellschaftlich-politische Strömung auch nur politisch, gesellschaftlich, durch die Macht der Ideen und der andauernden Bewusstseinsarbeit (Bildung, Aktionen, Kultur..) eingrenzen und zurückdrängen lassen - nicht durch verprügeln einzelner Repräsentanten oder Aktivisten. Aktionen gegen Neonazis müssen sich in diesen politischen Zusammenhang einordnen, und Lernprozesse und letztlich auch Dialog ermöglichen. (klingt naiv, aber wie sonst?) Das bedeutet auch die Bereitschaft und Fähigkeit zur inhaltlichen argumentativen Auseinandersetzung mit den Weltbildern und politischen Konzeptionen der rechten Gruppen!

Die bürgerlichen Parteien, die ihrerseits an den starken Staat, an den starken Führer, an die starke Nation glauben, auch an den gerechten Krieg, die die Bundeswehr für deutsche Interessen einsetzen, die für die soziale Ungerechtigkeit und ausländerfeindliche Politik verantwortlich sind, können mit den Rechten gar nicht glaubwürdig diskutieren.

Die Rechten nur Ausgrenzen und Totschweigen - und ihre Aufmärsche zu blockieren - das wird nicht ausreichen.

Die Aktionsformen, die Kultur- Bildungs- Sozial- und Politikarbeit gegen Nazis müssen unser positives Gesellschaftsmodell deutlich werden lassen: Demokratie - Gewaltfreiheit - Gerechtigkeit - Toleranz - was noch ?

Die Bündnispartner für diese Bewegung sehe ich selbstverständlich bei den gewaltfrei protestierenden BürgerInnen, nicht bei einer "Antifa", die nicht weiter argumentiert als, "wir werden uns doch wehren dürfen..." oder bei Gruppen, die an den revolutionären Krieg, an den gerechten Krieg glauben und daher jede Aussage zur Gewalt ablehnen. Die auch keine Festlegung bei einer konkreten einzelnen Aktion wollen. Und die gar kein Interesse an einem politisch breiten Bündnis, oder auch gar keine Vorstellung von einem wirklich breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Nazis haben.

Faschismus - Militarismus

Spezieller Beitrag der PazifistInnen könnte die Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen Militarismus und Faschismus sein. Über 100 Jahre allgemeine Wehrpflicht in Deutschland, nationalistische Indoktrination und Militarisierung der Gesellschaft, die Brutalisierung der Soldatenmassen durch den 1. Weltkrieg usw. waren die Voraussetzung für das Aufkommen der faschistischen Bewegungen. Und natürlich die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft und die wirtschaftlichen Krisen. Faschismus ohne Militarismus geht nicht!

Gewaltbereitschaft, militärische Strukturen, Führerprinzip, Nationalismus, Durchsetzung von imperialen oder machtpolitischen Interessen mit Militär und Krieg – das gehört historisch und aktuell zusammen. Eine Analyse des Militarismus und seiner Erscheinungsformen müsste diesen Zusammenhang beleuchten... das kann ich hier nur andeuten.

Wer natürlich seinerseits an den gerechten Krieg glaubt und keine wirkliche Analyse des Militarismus will, der wird da nichts beitragen.

Pazifismus – Antimilitarismus hier mehr dazu:

http://www.dfg-vk-bayern.de/pdf/2013_06_05-Pazifismus-Antimil-Diskussionspapier.pdf

Konstruktiv für die PazifistInnen:

Eine Sammlung von Materialien, Anregungen, Erfahrungen, Vorschlägen, Beispielen für gewaltfreien Umgang mit Nazis könnte hier zu finden sein.
Wir sind dankbar für Hinweise.

(1) Anhang:

Der Antrag des Landesverbands Bayern an den Bundeskongress der DFG-VK 2009 in Hannover:
„Pazifistische Grundsätze in der Bündnispolitik“

Angesichts der Vorgänge in Straßburg und Heiligendamm erklärt die DFG-VK:

Die Friedensbewegung muß den Einschüchterungsversuchen und Provokationen der Staatsmacht gewaltfrei und nicht-provokativ gegenüberreten. Die DFG-VK bekräftigt ihre programmatischen Grundsätze:

„Aus der Überzeugung, dass sich Mittel und Ziel entsprechen müssen, verfolgt die DFG-VK ihre politischen Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln; diese schließen die Verletzung und Tötung von Menschen aus und zielen auf die Konfliktlösung durch Dialog.

Gewaltfreie Methoden, wie zum Beispiel verschiedene Formen der Verweigerung, ziviler Ungehorsam, direkte gewaltfreie Aktion, orientieren sich an der moralischen Legitimität der Ziele und Mittel, nicht an der formalen Legalität.“

Die DFG-VK arbeitet nur in Aktionsbündnissen mit, die zustimmen, sich auf dieser Grundlage verhalten.

(dieser Satz wurde gestrichen)

Funktionsträger und Aktive der DFG-VK werden aufgefordert, den Grundsatz der Gewaltfreiheit in den div. Bündnissen aktiv zu vertreten.

Die DFG-VK distanziert sich öffentlich von Gewalthandlungen gegen Menschen. Die DFG-VK erwartet von Bündnispartnern die Respektierung der Menschenrechte. (Ende Antrag)

(der letzte Satz wurde auch gestrichen)“

Der somit kastrierte Antrag wurde angenommen, nirgends veröffentlicht, und nirgends wurde über die damit verbundene Diskussion berichtet- was einerseits frustrierend ist, für uns als Antragsteller, andererseits ganz gut, denn über diese Streichungen zu berichten könnte verbandsschädigend sein. („wir erwarten nicht, dass unsere Bündnispartner die Menschenrechte respektieren“!!)

Ergänzung: Es gibt keine Dokumentation des Bundeskongresses 2009

Im Gegensatz zur Ablehnung unseres Antrages war in der Verbandszeitschrift der DFG-VK die folgende korrekte Darstellung unserer Grundsätze zu lesen:

Nach den Krawallen in Straßburg, zu diesem Thema Stephan Philipp in der Zivilcourage 2-2009:
(<https://www.dfg-vk.de/verschiedenes/texte/2009/90> nicht mehr online zu finden)

"Unstrittig in der DFG-VK dürfte aber sein, dass Aktionen so angelegt und durchgeführt werden müssen, dass sie friedlich, gewaltlos und die Verletzung anderer Menschen ausschließend sind. Die Übertretung von Gesetzen wäre damit grundsätzlich nicht ausgeschlossen, die Ausübung zivilen Ungehorsams wäre vielmehr Bestandteil dieses Verständnisses. Gleichzeitig wäre aber auch die Trennlinie eindeutig fixiert: Der kategorische Ausschluss menschenverletzender Gewalt. Dafür braucht sich eine Organisation wie die DFG-VK nicht zu rechtfertigen, dafür muss sich kein DFG-VK-Mitglied entschuldigen. Dem Vorwurf der „Spaltung“ (der Friedensbewegung) würde man begegnen mit: „Ja! Genau diese wollen wir - an der Frage der menschenverletzenden Gewalt. Wer mit uns gemeinsam eine Aktion machen will, der muss sich dafür auf diese Bedingung einlassen. Wer an einer unserer Aktionen teilnehmen will, der muss diese Voraussetzung in seinem Handeln erfüllen. Keine Organisation und keine Einzelperson wird gezwungen, mit uns zusammenarbeiten, an unseren Aktionen teilzunehmen.“ Für PazifistInnen heiligt der Zweck die Mittel nicht, im Gegenteil bilden ihre Methoden das angestrebte Ziel bereits ab."